

# Gemeinsam mit den Betroffenen

NACHGEFRAGT bei Matthias Bärwolff, sozialpolitischer Sprecher der Linksfraktion

**Seit kurzem bist Du in der Fraktion für die Sozialpolitik zuständig, wie kam es dazu?**

Seit jetzt Jörg Kubitzki den Vorsitz des Europaausschusses übernommen hat, bin ich neben der Kinderpolitik auch für Sozialpolitik verantwortlich. Dies ist durchaus eine Herausforderung, stehen sozialpolitische Inhalte doch im Schatten der aktuellen Finanzkrise. Das bedeutet für uns, deutlich herausstellen, dass die anscheinend fernen Diskussionen über Rettungsschirme und die Euro-Rettung spürbare Auswirkungen auf alle haben. In der öffentlichen Debatte wird über gehebelte Milliarden für Banken verhandelt, dabei sind sie sich einig, die Sozialsysteme zu schleifen. Während die Gelder für die Bankenrettung innerhalb weniger Tage bereit stehen, vergehen Jahre, bis ein Verfassungsgerichtsurteil über die Hartz-IV-Regelsätze umgesetzt wird.

**Was heißt das konkret?**

Beispielsweise werden im Vermittlungsausschuss die Regelungen für die Arbeitsmarktinstrumente verhandelt. Es soll massive Einschnitte geben, die de facto zur Spaltung der Erwerbslosen führen und viele von der Arbeitsmarktförderung ausschließen. Und es gibt es auch Vorschläge, die Rechtsansprüche in der Kinder- und Jugendhilfe, ähnlich wie im SGB II, an die Mitwirkung der Betroffenen zu knüpfen. Angesichts der finanziellen Belastung der Kommunen wird hier das Tor zum rigiden Streichen geöffnet. Dabei werden aber die Fol-

gen, insbesondere für die Kinder, völlig außer Acht gelassen.

**Die Occupy-Bewegung macht international von sich reden, welche Chancen siehst Du für eine Veränderung?**

DIE LINKE muss gemeinsam mit den Betroffenen, vor allem mit den sozialen Bewegungen, zusammenarbeiten. Dieser Protest ist wichtig und muss von uns unterstützt werden. Aber in Deutschland ist diese Bewegung nur spärlich besetzt, nicht zuletzt weil gerade die deutsche Wirtschaft von den Hilfsmilliarden für Griechenland profitiert. Zudem sieht kaum einer noch durch die Mechanismen der Euro-Rettung durch.



**Welche sozialpolitischen Herausforderungen gibt es in Thüringen?**

Der demografische Wandel ist bereits Realität. Aber weniger Menschen bedeuten nicht, weniger Probleme. Die Landesregierung hat in den letzten Jahren damit immer wieder versucht, ihre Kürzungen zu begründen. Dabei birgt eine veränderte Demografie auch Chancen für Thüringen. Zum Beispiel für andere Formen des Zusammenlebens. So könnten im ländlichen Raum Kindergärten und Senioreneinrich-

tungen näher zusammengebracht werden, sodass es wieder soziale Räume in den Dörfern gibt. Zugleich wird uns eine sich noch ausweitende Altersarmut vor große Probleme stellen. Hier ist DIE LINKE gefragt. Armutsrenten müssen mit Mindestlohn und einer Mindestrente verhindert werden.

**Angesicht der Diskussionen um Gemeinschaftsgüter, wie den öffentlichen Raum und das Recht auf Stadt, stellt sich die Frage: Was fängt man aber im ländlichen Raum damit an?**

Der Umkehrschluss vom Recht auf Stadt ist doch das Recht auf ländlichen Raum. Die Peripherie darf nicht abgehängt werden, hier wollen die Menschen auch an der Entwicklung teilhaben. Mit der sozial-ökologischen Wende bieten sich viele Möglichkeiten, den ländlichen Raum zu stärken. Aus der Fläche kann wieder Wert geschöpft und die erneuerbaren Energien können dezentral eingesetzt werden. So können sich ökonomische Kerne bilden, die auch für Beschäftigung sorgen.

**Wird die LINKE jetzt zur Öko-Partei?**

Entweder überlässt man den ökologischen Umbau den Konzernen oder wir nehmen ihn als Gesellschaft und Politik selbst in die Hand. Hartz IV- und Niedriglohneempfänger können sich teure energiesparende Technologien nicht leisten, sie müssen steigende Energiekosten aus einem niedrigen Regelsatz zahlen und wohnen auch vielfach in preiswerten Wohnungen, die schlecht gedämmt sind. Die ökologische Wende trägt also auch eine Soziale Frage in sich, denn Öko muss man sich leisten können. Gemeinsam mit Ina Leukefeld arbeite ich an einer kleinen Diskussionsreihe dazu und vor allem an Lösungen. Wir wollen Antworten mit Betroffenen und Sachverständigen finden. Der sozial-ökologische Umbau bietet Chancen für Beschäftigung und regionale Wertschöpfung. Mit den Stadtwerken haben auch die Kommunen Werkzeuge in der Hand, um sozial Benachteiligte zu unterstützen, sie in den ökologischen Umbau einzubeziehen und ihre Teilhabe zu ermöglichen.



von Stefan Wogawa

## Lieberknechts falsches Spiel

Christine Lieberknecht, CDU-Landesvorsitzende in Thüringen, ist nicht unbedingt als begnadete Rednerin bekannt. Dennoch meldete sie sich auf dem CDU-Landesparteitag am 5. November in Schleiz zu Wort. Nun sollte man CDU-Parteitage nicht überbewerten: der Großteil der dort abgesonderten Wortmeldungen ist an die eigene Mitgliedschaft gerichtete verbale Selbstbefriedigung.

Nicht so, das sei betont, der Beitrag von Lieberknecht. Vor schon gezeichnetem Saale – das berichten die Medien – offerierte sie Folgendes: der „harte finanzielle Bruch“, der 2012 auf die hiesigen Kommunen zukomme, solle „abgeschwächt“ werden. Ein berechtigter Ansatz, möchte man meinen, viel zu vage zwar und unzureichend, aber immerhin. Merkwürdig nur der politische Spagat. Handelt es sich bei Lieberknecht doch auch um die Ministerpräsidentin Thüringens – opponiert sie jetzt etwa (wie für die CDU inzwischen bei vielen Themen üblich: Kernenergie, Wehrpflicht, Mindestlohn) gegen sich selbst?

Nein, bloße Politpathologie ist das nicht. Lieberknechts Vorstoß erscheint so rational wie gerissen, schaut man auf den politischen Kalender. Im Jahr 2012 wird in Thüringen der Großteil der hauptamtlichen Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte gewählt. Da setzt die Regierungschefin auf ein falsches Spiel: die Kommunen werden einerseits an den Rand des finanziellen Ruins getrieben, um im Landesetat die schwere Hypothek des Thüringer „Schuldenkönigs“ Bernhard Vogel (Ex-Ministerpräsident, CDU, Gast des Parteitags) abzubauen – gleichzeitig mimt man wahlwerberisch den Wohltäter.

Doch Lieberknechts Strategie ist gefährlich: „Gerissene Psychiater schicken Schizophrenen zwei Rechnungen“, witzelte schon der geniale Komiker Peter Sellers.

## Das gläserne Rathaus – Lexikon der Kommunalpolitik



Die immense Bedeutung der Kommunalpolitik wird über Parteigrenzen hinweg anerkannt. „Kommunalpolitik ist das Herzstück der Partei“, sagt etwa Gesine Löttsch, Vorsitzende der LINKEN. Doch diejenigen, die in

der Kommunalpolitik auf unterschiedlichen Ebenen aktiv werden (Ortsteilrat, Stadtrat, Kreistag, Bürgerinitiative) oder die sich überhaupt für das Politikfeld interessieren, merken sehr schnell, wie kompliziert die Materie ist. Ein umfangreiches Fachwissen zu politischen und rechtlichen Fragen ist notwendig, um sachgerecht mitreden zu können. Sich adäquate Informationen zu verschaffen, gestaltet sich oft zeitaufwendig und schwierig.

Mit dem Lexikon der Kommunalpolitik „Das gläserne Rathaus“ (der Titel ist dabei Programm) liegt jetzt eine umfangreiche und gut verständliche Informationsquelle vor – mit Einträgen von A wie „Agglomerationsraum“ bis Z wie „Zwischenfrage“. Thematisiert werden vor allem rechtlich, politisch und gesellschaftlich relevan-

te Begriffe. Das aktuelle Nachschlagewerk richtet sich ausdrücklich an Menschen, die selbst an Entscheidungen in der Kommune beteiligt sind, die von Maßnahmen der Kommunen betroffen sind und diese auf ihre Richtigkeit überprüfen wollen oder die sich für einen guten Einstieg in die Materie interessieren.

Das Buch soll „ganz konkrete Hinweise geben“, um mit den vielfältigen Fragen und Problemen in der Kommune umgehen zu können, schreiben die Autoren im Vorwort. „Transparenz und Klarheit“ stehen im Mittelpunkt. Die vier verfügen nicht nur über Fachwissen (aus der Rechts- und Politikwissenschaft, Verwaltungswissenschaft und Soziologie), sondern auch über persönliche Erfahrungen in der aktiven Kommunalpolitik oder der studentischen Selbstverwaltung. Sie sind Abgeordnete (Frank Kuschel) und Mitarbeiter (Sascha Bilay, Stefan Wogawa) der Linksfraktion bzw. haben hier ein Praktikum absolviert (Kai Bekos). Partner bei der Veröffentlichung war der noch junge Eobanus-Verlag in Erfurt, der mit dem Titel seine Fachbuchreihe fortsetzt.

Frank Kuschel / Sascha Bilay / Stefan Wogawa / Kai Bekos: *Das gläserne Rathaus – Lexikon der Kommunalpolitik*, Eobanus Verlag UG Erfurt 2011, 230 Seiten, ISBN 9783981424119; 9,90 EUR

## IMPRESSUM

Vierseitige Ausgabe LINKER PARLAMENTSREPORT

**Herausgeber:**

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

**Redaktion:**

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.)

Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416

E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de

Internet: www.die-linke-thl.de

**Fotografien:** Archiv der Linksfraktion

**Satz und Layout:** Annegret Brosemann

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.